

Zukunft? Jugend fragen! - Auch und gerade während der Pandemie

Corona ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft und uns alle. Besonders belastet durch diese Herausforderung ist die junge Generation - die Kinder und Jugendlichen. Seit über einem Jahr üben sie Verzicht - Verzicht auf soziale Kontakte, Verzicht auf Freizeitaktivitäten, Verzicht auf Freiräume. Ihre Wünsche, Sorgen und Bedarfe werden weder bei der Gestaltung des Schulunterrichts noch bei den Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung aktiv gehört und berücksichtigt. Der Wegfall der direkten sozialen Kontakte hat auf Kinder und Jugendliche besonders starke Auswirkungen. Ihre Entwicklung in dieser zentralen Lebensphase kann durch die fehlenden Ausgleiche besonders negativ beeinflusst werden. Auch die BDKJ-Hauptversammlung hat kürzlich festgestellt, dass gerade Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene außergewöhnlich durch persönliche Einschränkungen und fehlende Zukunftsperspektiven nachhaltig herausgefordert sind.¹

Die JuCo-Studie² der Universität Hildesheim stellt fest, dass sich über ein Drittel der Befragten derzeit einsam fühlen. 70 Prozent äußern den erheblichen Bedarf, Hobbies wieder ausführen zu können. Knapp 60 Prozent der Befragten geben an, den Eindruck zu haben, die Situation junger Menschen sei Politiker*innen nicht wichtig und fast 65 Prozent haben eher nicht oder gar nicht den Eindruck, dass die Sorgen junger Menschen in der Politik gehört werden.

Interessen von Kindern und Jugendlichen haben in unserer Gesellschaft seit jeher nur eine nachrangige Bedeutung. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen findet kaum statt. Mitwirkung und Beteiligung als Erfahrungsräume für Wirksamkeit sind aber unbedingt notwendig, um die Bereitschaft von jungen Menschen zu steigern, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren, und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Zukunft mitzugestalten. Diese Forderungen bringen die katholischen Jugendverbände in viele politische Gespräche ein. Unter dem Slogan "U28 - Die Zukunft lacht" bündelt der BDKJ dabei seine jugendpolitische Arbeit.

Jugendverbandsarbeit ist durch ihre Prinzipien Selbstorganisation, Ehrenamt, Demokratie und Freiwilligkeit ein idealer Ort, Partizipation zu lernen. Wir Jugendverbände gestalten unsere Angebote gemäß dieser Prinzipien und setzen uns dafür ein, sie in Gesellschaft und Politik zu verankern. Jugendverbandsarbeit ist damit ein bedeutender Ort der außerschulischen Bildung und bietet wichtige Erfahrungsfelder zur Persönlichkeitsbildung und zur Stärkung notwendiger Kompetenzen. Schulische und außerschulische Bildung sind demnach als gleichwertig und -wichtig zu betrachten. Die Coronaschutz-Bestimmungen schränken die Jugendarbeit insgesamt allerdings drastisch ein und machen sie teilweise sogar unmöglich. Jugendarbeit muss deshalb zeitnah und nachhaltig ermöglicht werden.

Außerhalb der Jugend(verbands)arbeit wird leider immer noch allzu oft über Kinder und Jugendliche gesprochen und entschieden anstatt mit ihnen. Bereits 2010 haben die katholischen Jugendverbände im Erzbistum Paderborn daher in ihrem Beschluss „MitWirkung - Partizipation junger Menschen in Jugendverbänden und Kommunen“³

¹ Vgl. Bundeshauptversammlung 2021: Beschluss [Perspektiven schaffen und Zukunft sichern - Jugendverbandsarbeit in der Pandemie stärken](#)

² Vgl. Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik: [JuCo und KiCo](#)

³ BDKJ-Diözesanversammlung Paderborn I/2010: Beschluss „[MitWirkung - Partizipation junger Menschen in Jugendverbänden und Kommunen](#)“

gefordert, Jugendbeteiligung im kommunalen Raum qualitativ abzusichern und die Erfahrungen der Jugendverbandsarbeit dabei zu berücksichtigen.

Wir sehen diese Forderungen noch nicht erfüllt und bestärken sie ausdrücklich.

Darüber hinaus fordern wir konkret:

- Die Absenkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen.
- Die strukturelle und gesetzliche Verankerung direkter und indirekter Partizipation auf allen politischen Ebenen. - Partizipation ist kein Geschenk, sondern ein Recht.
- Die Berücksichtigung der Interessen junger Menschen in allen Bereichen der Politik.

Damit Kinder und Jugendliche an Entscheidungsprozessen partizipieren können, muss zunächst ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Durch die Corona-Pandemie wird aktuell noch viel deutlicher, was schon seit Jahren ein bekanntes Problem ist: Kindern und Jugendlichen - besonders aus Bedarfsgemeinschaften - ist es oftmals unmöglich, in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die stetig hohe Kinderarmut, der eklatante Rückstand der Digitalisierung und die erwiesenermaßen nicht wirksamen Werkzeuge zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen (als ein Beispiel sei das Bildungs- und Teilhabepaket genannt)⁴ werden in der aktuellen Situation besonders sichtbar.

Für eine vollumfängliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen fordern wir deshalb:

- Die Wahrung der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention und die Betrachtung junger Menschen als vollwertige Bürger*innen im Rahmen der Pandemie-Maßnahmen in Deutschland. Dazu gehört eine wirkungsvolle Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz.
- Die Herausforderungen der digitalen Teilhabe, Kinder- und Jugendarmut und Bildungsgerechtigkeit müssen konsequent angegangen und dauerhaft und nachhaltig mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- Niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Angeboten.
- Die Einführung eines Kinder- und Jugendgrundeinkommens.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit 38 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und bei einer Enthaltung beschlossen.

BDKJ-Diözesanversammlung 11.-13.06.2021

⁴ Vgl. für das Vorgenannte z.B.: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.: Verschlussene Türen. Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/expertise-konsumausgaben-2019.pdf